

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Abonnements auf den „Vorwärts“

Für den Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postämtern, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12/11, in der Expedition der „Fadel“, H. Fleischerstraße 15, part. und bei unserem Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6 IV., in den Filialen: Ligarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsstraße 80, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Pölkmarzdorf, Mendau, Neuschönefeld etc. bei Frau Engel, Mendau, Ländchenweg 29, 2 Tr., für Sonnenw. bei Hader, kurze Str. 10 part., für Kleinhschober u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstraße 6 IV., Leipzig, Neurendau bei Hschau, 15 l, für Plogwitz-Lindenan bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis etc. bei A. Hermsdorf, Bidenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Congress der Sozialdemokraten Deutschlands!

Parteigenossen!

Wie seit mehreren Jahren regelmäßig, so wird auch in diesem Jahre ein Congress der Sozialdemokraten Deutschlands zu Göttingen, und zwar vom 15. bis 18. Juni, stattfinden.

Zurück zu dem Congress haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt wurden.

Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congress Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorsitzenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimieren; außerdem ist es nöthig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten C. Derossi, Hamburg, Holzdam 42, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt. Delegirte, welche ohne vorgeschriebenes Mandat erscheinen, haben nur auf ausdrücklichen Beschluß des Congresses Zutritt.

Die Tagesordnung des Congresses lautet:

- 1) Bericht des sozialistischen Centralwahlcomitès Deutschlands über die Parteitagung in den letzten zwölf Monaten; Referent Hartmann;
- 2) Bericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten über ihre Reichstagsarbeit; Referenten Frißche und Hasenclever;
- 3) Verathung über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staats- und Gemeindebetrieb; Referenten Bebel und Rittinghausen;
- 4) Die Sozialdemokratie in ihrer Stellung zu Schutz und Recht; Referenten Bracke und Oldenburg;
- 5) die sozialistische Agitation;
- 6) die Parteipresse.

Anträge zum Congress sind spätestens bis zum 3. Juni an Derossi zu senden, falls sie auf die definitive Tagesordnung des Congresses gesetzt und in die gedruckte Congressvorlage aufgenommen werden sollen.

Der Congress beginnt am Sonntag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, um seine Constatuirung noch am selben Abend im Kaltwasser'schen Lokale vorzunehmen.

Hamburg, 27. Mai 1878.

Das sozialistische Centralwahlcomitè
Deutschlands.

G. W. Hartmann, H. Bracke, A. Weis, C. Derossi.

Ein beispielloses Attentat

nannten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in ihrer bekannten Erklärung den „langvorbereiteten Reaktionsreich“, zu welchem die Lehmann'sche Revolver-Affaire den Vorwand abgab. Ein beispielloses Attentat. Ist der Ausdruck nicht unpassend? Sind ähnliche Attentate nicht schon wiederholt vorgekommen? Letzteres ist allerdings der Fall. Und dennoch paßt die Bezeichnung „beispiellos“ vollständig.

Wie gesagt, daß Mordversuche auf gekrönte und ungekrönte Häupter von der jeweilig herrschenden Partei politisch ausgehen und zur Erlassung von Ausnahmegesetzen gegen andere, unbequem gewordene Parteien benutzt worden, ist eine alte Geschichte, und das 19. Jahrhundert allein bietet eifrig Dutzende von Exempeln dar.

Aber — und hier stoßen wir auf den ersten wesentlichen Unterschied — in all diesen Fällen lag ein wirkliches Mordattentat vor — ob echt oder unecht, Originalwaare oder Polizeifabrikat, aber immerhin wirklich. Die beiden Attentate, mit welchen der Vergleich am nächsten liegt, und auf die auch wiederholt in den letzten Reichstagsdebatten, wie früher schon in den Debatten über die Straßgesetznovelle, Bezug genommen wurde: das Attentat Fieschi's vom 28. Juli 1835 und das Orsini's vom 14. Januar 1858, waren echte und sehr wirkliche Attentate. Fieschi tötete mit seiner famosen Höllemaschine verschie-

dene Personen, darunter einen Marschall (Mortier), in der unmittelbaren Nähe des Bürgerkönigs Louis Philippe, dem der Schuß galt.

Und nicht weniger ernsthaft als die Höllemaschine Fieschi's waren die „Definibomben“, die den französischen Staatsstreik-kaiser für seinen Verrath an Italien bestrafen sollten.

Und nun das Lehmann'sche „Attentat“! Der Revolver, mit welchem geschossen wurde, ist notorisch so schlecht gearbeitet, daß er höchstens dem Schützen gefährlich werden kann, und auch diesem kaum lebensgefährlich.

Ferner ist bis zum heutigen Tage noch gar nicht festgestellt, ob mit diesem jämmerlichsten aller Noordinstrumente scharf geschossen, und wenn, ob auf den Kaiser geschossen worden ist.

Der Umstand, daß durch die vier Lehmann'schen Schüsse, von denen zwei in dichtes Menschengewühl gingen, Niemand verletzt, und nachher, trotz eifrigsten Suchens, weder eine Kugel noch eine Kugelspur gefunden worden ist, läßt es höchst unwahrscheinlich erscheinen, daß Lehmann überhaupt scharf geschossen hat. Lehmann selbst erklärt hartnäckig, er habe einen Selbstmord beabsichtigt und den vorüberfahrenden Kaiser gar nicht bemerkt.

Kurz, es fehlen alle Beweise dafür, daß die Lehmann'sche Revolver-Affaire ein wirkliches Attentat auf den deutschen Kaiser war.

Fieschi's Höllemaschine und Orsini's Bomben sind welt-historische Thatfachen; Lehmann's Revolver paßt nicht einmal für eine Vorstadtspitze, und das ganze Lehmann's „Attentat“ ist sogar für einen Stieber zu schlecht.

Die Attentate Fieschi's und Orsini's waren aber nicht bloß wirklich, es waren auch unlegbar politische Attentate, und das ist der zweite Punkt, wo ein wesentlicher Unterschied zu Tage tritt. Fieschi, der beiläufig ganz auf eigene Faust handelte, keine Mitschuldigen hatte und keiner Partei angehörte, gestand, daß er den Bürgerkönig aus politischen Gründen, um Frankreich von dem Juliregiment zu befreien, habe aus der Welt schaffen wollen.

Nach mehr drängt sich bei dem Orsini'schen Attentat der politische Charakter hervor: es war ein Pronunziamento der italienischen Nationalitäts- und Einheitsidee, und ist als solches von Bonaparte aufgefaßt worden, der im folgenden Jahr — 1859 — das „Testament Orsini's“ — natürlich in seiner Weise — zu verewillichen suchte.

Bei der Lehmann'schen Revolveraffaire fehlt der politische Charakter gänzlich. Lehmann erklärt, daß er nicht daran gedacht habe, den Kaiser zu erschließen, daß er nicht einmal gewußt habe, daß derselbe im Augenblick, wo er (Lehmann) sich habe umbringen wollen, vorübergefahren sei. Diese Behauptung mag unrichtig sein, wie es unrichtig sein mag, daß Lehmann einen Selbstmord beabsichtigt habe — allein das Eine steht fest: wenn Lehmann das wäre, wozu die Autoren des Lehmann'schen ihn machen wollen, zur Motivirung ihres Vorgehens ihn machen müssen, das heißt zum sozialdemokratischen Janatiker, dann würde er, falls wirklich ein Attentat auf den Kaiser vorliegt, sich nicht nur zu der That bekennen, sondern auch deren politischen Charakter und Zweck mit herausforderndem Stolz betonen haben.

Doch wir haben nicht bloß diesen negativen, indirekten Beweis. Wir haben den positiven, direkten Beweis, daß Lehmann weder Sozialdemokrat, noch Janatiker ist. Ein bemitleidenswerthes Produkt und Opfer der heutigen Gesellschaft, schon vor der Geburt ein „Ausgesessener“, nach der Geburt als „überflüssiger Gast am Tische des Lebens“ herumgepufft und geknufft, ohne Heim, ohne Familie, systematisch zum Summler, Vagabunden und Verbrecher „gezüchtet“, fittlich, geistig, körperlich verkrüppelt, mit noch nicht 20 Jahren ein „menschliches Wrad“: von einer ekelhaften Krankheit (sekundärer Syphilis — ohne sein Verschulden) durchseht, ohne Muskelentwicklung, zahlos, eingebrachte Brust, schlottiger Gang, idiotisches Lächeln abwechselnd mit stierem, stöhnendem Blick und plötzlichen Wuthausfällen — das ist das unglückliche Wesen, an dessen schmutzige, zerrissene, zerklumpte Rockhöfche die bankrotte Staatskunst des herrschenden Systems sich krampfhaft anklammert, um die Deklaration des Bankrotts noch auf einige Zeit hinausschieben zu können.

Fassen wir zusammen:

Ein Attentat, dessen Existenz noch nicht bewiesen ist.

Ein Attentäter, von dem noch nicht bewiesen ist, ob er ein Attentäter.

Ein Attentat, dessen nichtpolitischer Charakter bewiesen wäre, falls festgestellt würde, daß ein Attentat vorliegt.

Ein Attentäter, dessen nichtpolitischer Charakter bewiesen wäre, falls festgestellt würde, daß er ein Attentäter ist.

Und auf diese Grundlage hin, ohne das Resultat der Untersuchung abzuwarten, ohne den Untersuchungsrichter zu befragen, der sich, obgleich die Untersuchung noch nicht geschlossen, doch bereits vollständig davon überzeugt hat, daß die Lehmann'sche Revolver-Affaire kein politisches Verbrechen und Lehmann kein politischer Verbrecher ist — und auf diese Grundlage hin, so ohne alle und jegliche greifbare Handhabe, das monströse Ausnahmegesetz, welches unter dem Namen „Lehmann'sches“ ein unvergängliches Denkmal des — Ruhms seiner Urheber bilden wird!

Das ist beispiellos.

Und als es galt, das monströse Gesetz im Reichstag zu vertheiligen, hatte der Präsident des Reichstageskanzlers Herr Hofmann und der neue Minister des Innern, der „junge Eulenburg“, nicht den leisesten Anhalt für die Annahme, geschweige denn den Beweis des Zusammenhangs zwischen den Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie und der Lehmann'schen Revolver-Affaire.

Und doch hing die Berechtigung des Gesetzes — die Möglichkeit der Berechtigung zugegeben — von dem Nachweis dieses Zusammenhangs ab. Ja, die Vertreter der Regierung machten nicht einmal den Versuch, diesen Zusammenhang zu beweisen. In der That unsere Abgeordneten hatten recht: es war ein beispielloses Attentat.

Aus Rußland.

Petersburg, 20. Mai.

Um Euch, werthe Parteigenossen, über die letzten Vorgänge in Rußland betreffs der Wjera Saffulitsch und der Moskauer Mehelei zu unterrichten, will ich hier einige Auszüge aus dem in Rußland seit mehreren Wochen geheim erschienenen Parteiorgan „Natschalo“ („Der Anfang“) geben. Eigentlich will ich nur über das Nachspiel, das gleich nach der Freisprechung folgte, sprechen.

Die Ohrfeige, welche die russische Regierung durch diese Freisprechung erhielt, war für uns von großer Bedeutung. Die ganze Gesellschaft that diesem freisprechenden Urtheil Beifall. Als die Saffulitsch aus dem Gerichtssaale heraustrat, wurde sie mit großem Jubel empfangen, die Menge trug sie auf den Händen, setzte sie in eine Kutsche und führte sie durch die Stadt. Alles war voll Freude und Niemand hatte die leiseste Ahnung von einer bevorstehenden Katastrophe. Als die Kutsche mit der sie begleitenden Menge die immer menschenleere Vorstadtstraße erreichte, wurde sie von reitenden und Fußgendarmen überfallen und von diesen die schrecklichsten Brutalitäten verübt. Ein junger Mann Namens Sydorakth, der schon in mehrere politische Prozesse verwickelt war und der die Saffulitsch gegen die Gendarmen vertheidigte, wurde von einem Gendarmen, wie mehrere Augenzeugen erzählen, erschossen. Um den Verdacht von der Polizei abzulenken, wurde dem Erschossenen ein Revolver untergeschoben, so daß man den Sydorakth als Selbstmörder hinstellen konnte! Die Begleiter der Kutsche, sagen die Zeitungen, wurden „wie tolle Hunde behandelt“. Mit einem Worte, es war ein Raubanzug von acht russischen Wajski-Bozaks, die den türkischen Wajski-Bozaks wahrhaftig nichts nachgeben. Viele von der Menge wurden arretirt oder besser auf die Polizeiwache geschleppt und dort mißhandelt. Das war die erste Antwort der russischen Regierung auf die Freisprechung der Saffulitsch. Nun kommt noch eine zweite Antwort — ein zweiter brutaler Akt gegen die russische Jugend, der sich in Moskau abspielte.

Um sich für die freigesprochene und entwiclene Saffulitsch zu rächen, lockte die russische Regierung die Moskauer Studenten in eine Falle. Da das Prestige (Ansehen) unserer Regierung in den Augen des russischen Volkes und des Auslandes allmählich abnimmt, so greift sie zu ganz barbarischen Maßregeln. Damit will die Regierung dem Wesen die Unerschütterlichkeit der Grundgesetze des russischen Reiches zeigen und auch das russische Volk in den Schooß Trepow's, Meschengow's (Chef der geheimen Polizei), Timaschew's und Compagnie zurückzuführen. Zu diesem Zwecke schickte die Regierung einen ihrer treuen Diener nach Moskau — und wozu? — das werdet Ihr gleich sehen.

Wie Euch bekannt sein wird, wurden in Kiew im März d. J. 16 Studenten verhaftet und nach Moskau transportirt. Hier wurden sie den 3. April von ungefähr 200 jungen Leuten, Studenten verschiedener Moskauer höherer Lehranstalten, erwartet. Die Studenten versammelten sich auf dem Bahnhofe zwei Stunden vor der Ankunft des Zuges, und Niemand schien sie daran verhindern zu wollen. Die angekommenen 16 Studenten wurden lebhaft empfangen und mit Kleibern und Geld (die Arretirten waren nur nothdürftig angekleidet) versorgt und mit entblößtem Haupte und freudigen Jurasen durch die Stadt geleitet. Die Moskauer Studenten und die sie begleitende große Menschenmenge waren höchst verwundert, als sie sahen, daß die Polizei sich ruhig gegen diese Demonstration verhielt — dieselbe Polizei, die, um Demonstrationen bei Leichenbegängnissen politischer Gefangenen zu verhindern, sogar deren Leichen flicht. Kurz — Alles ist ruhig und je weiter der Zug in das Innere der Stadt vordringt, desto größer wird die Menge der Begleiter. Die Arretirten saßen in Wagen und waren nur von einigen Polizisten zu Fuß begleitet, was die Studenten auf dem Bahnhof nach dem Umstande zuschrieben, daß die Arretirten wahrscheinlich in dem nicht weit vom Bahnhofe sich befindenden Gefängnisse untergebracht werden sollten. Selbstverständlich waren die Moskauer Studenten froh, daß man ihnen Gelegenheit gab, der angesammelten Menge ihre Versicherungen und den Grund der Arretirung klarzulegen.

Endlich kam der Zug auf den Dchotny Hjad (Marktplatz), wo mit einem Male Alles sich änderte.

Vor Erscheinen des Zuges auf diesem Platze kam ein Revierleutnant und bat die dortigen Fischer, der Polizei bei Bändigung der Studenten behilflich zu sein, denn „die Studenten

*) Hiermit bringe ich die Existenz dieses ersten in Rußland erschienenen sozialdemokratischen Blattes zur Kenntniß aller unserer ausländischen Genossen, sowie der im Auslande lebenden russischen Sozialisten. Koch will ich bemerken, daß die Redaktionen des „Natschalo“ Flugblätter und Flugblätter in Masse unter das Volk vertheilt.

**) Am selben Abend, als die Saffulitsch so klug war zu verschwinden, erließ der stellvertretende Stadthauptmann General Kozlow folgenden an die Bezirksleutnants gerichteten geheimen Steckbrief: „Ich befehle allen Bezirksleutnants der Stadt Petersburg, streng und energisch nach der Hauptmannstochter Wjera Saffulitsch, die von dem Schwurgericht wegen des Attentats auf den General Trepow freigesprochen wurde, zu fahnden, und dieselbe nach Auffindung in das Voruntersuchungsgefängniß abzuliefern und mich davon zu benachrichtigen.“ (Wz.) Gen.-Major Kozlow.

rebellieren gegen unseren guten Kaiser und wollen die Polen aus den sibirischen Bergwerken befreien. Und dieser Bitte willfahren die sogenannten „Kulaki“ und erklären sich bereit, die „Studenten“ oder, wie die „Kulaki“ sie nennen, die „herrschaftlichen Jungen“ (vornehmen Bürgersöhne) tüchtig durchzuprügeln; denn die „Herrschaften“ sind den „Kulaki“ verhasst. Diese „Kulaki“, die noch die Spuren ihrer Herkunft aus dem Volke an sich tragen, haben die bei uns neuen Bourgeoisidenen noch nicht in sich aufgenommen. Sie sind Feinde des Volkes, aber noch nicht Freunde der höheren oder „gebildeten“ Volksklasse. Sie sind treue Verteidiger der jetzigen Ordnung, der Volksherrschaft, und als Unwissende verabsäumen sie jede lebendige, menschliche Regung und Bestrebung. Und nun giebt ihnen die heilige Hermandad die günstige Gelegenheit, strafflos die ihnen verhassten „Studenten“ durchzuprügeln.

In solcher Stimmung befanden sich die „Kulaki“ des Dchotny Njad, als der Zug mit den verhafteten Studenten und der sie begleitenden Menge daselbst anlangte. Mit den Worten: „Haut die Feinde des weißen Czaren nieder, haut die „herrschaftlichen Jungen“ nieder!“ warfen sie die Kulaki auf die Studenten und die Menge. Man schlug und prügelte Alles, was einen „deutschen“ (europäischen) Anzug trug; man schonte weder Alter noch Geschlecht. Auf den Straßen lagen verwundete Männer und Frauen. Und diese Menge währte volle drei Stunden, ohne daß die Polizei sich einmischte. Das Militär, das wenige Schritte vom Kampfsplatz versammelt war, rührte sich nicht. Die Polizei und die Soldaten sahen ruhig zu, wie die Fleischer, mit Messern bewaffnet, in die Magazine und Läden, in welche sich viele der Gemüthselbsten flüchteten, einbrachen und Alles dort zertrümmerten und die Geflüchteten wie die Besitzer der Läden fürchterlich mißhandelten. Zu guter Letzt wurde das Universitätsgebäude von den Moskauer Patrioten besetzt und bombardiert, worüber sich die „Moskauer Zeitung“ sehr freut und mit Pathos ausruft: „Das ist die beste Antwort auf die Freisprechung der Sossulitsch durch die höhere Gesellschaft.“

Man sieht, diese Menge war von der russischen Regierung vorbereitet, um dem europäischen Westen die Treue und Loyalität der russischen Unterthanen, d. h. der „Kulaki“, zu demonstrieren. Mehr als 600 Moskauer Studenten haben gegen diese barbarische Behandlung Beschwerde eingereicht.

Und mit solchen brutalen Mitteln will die russische Regierung die weltbewegenden Ideen des Sozialismus ausrotten und dem Auslande die Treue und Liebe des russischen Volkes zum „Cäsaren“ beweisen? Das wird uns Sozialisten aber nicht abhalten, für unsere Ideen Propaganda zu machen und jenes politische Ungeheuer: die russische Regierung und Alles, was drum und dran hängt, zu bekämpfen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Reichstägliche. Wir haben noch nachzutragen, daß der Reichstag bei der dritten Lesung den Gesetzentwurf, die Gewerbeverordnungen betreffend, abgelehnt hat. Einigen war derselbe zu freistänig, anderen, besonders den Sozialisten, zu reaktionär — „Freie seiners Aische!“ — Es bleibt also vorläufig beim Alten. Ferner sei noch erwähnt, daß der Reichstag nach dreimonatlicher, unfruchtbarer Thätigkeit ohne Sang und Klang am 24. Mai geschlossen worden ist.

— Der Fortschrittspartei wird bezüglich der Schmährede des Herrn Eugen Richter, die er am 23. Mai im Reichstage hielt, von der „Post“ folgender Spiegel vorgehalten:

„Gegenüber den Argumentationen des Herrn Richter, daß der Sozialdemokratie gegenüber die selbstständige Thätigkeit der Liberalen, d. h. in seinem Munde natürlich der fortschrittlichen Partei, mehr in Bewegung gesetzt werden müsse, braucht nur daran erinnert zu werden, daß die fortschrittliche Partei vor einem Jahrzehnt Berlin vollkommen beherrscht hat, daß sie sich fortwährend der allgrößten Freiheit in Wort und Schrift erfreut hat und daß die Sozialdemokratie sich ihr auf Schritt und Tritt materiell wie geistig überlegen gezeigt hat. Es ist der Gipfelpunkt des Lächerlichen, wenn die Fortschrittspartei sich heute dessen rühmt, daß die Sozialdemokratie sie am meisten hasse. Die Sache liegt vielmehr ganz einfach so, daß die Sozialdemokratie sich fortwährend lediglich aus den Anhängern der Fortschrittspartei rekrutirt und daß sie

deshalb ihre Angriffe gegen diese richtet. Die Stärke der Fortschrittspartei anderen Parteien gegenüber beruht ja keineswegs in den Gebildeten, die ihr angehört und noch angehört, sondern darin, daß sie die Massen commandirte und die Herrschaft über diese hat sie in Folge der um sich greifenden Macht der Sozialdemokratie vollständig verloren.“

Wir sind wahrlich keine Freunde der freiconservativen „Post“, die im Schimpfen auf uns neben der „Berliner Tribune“ das Meiste leistet — aber in obigen Sätzen hat sie eben recht.

— Die Abstimmung über das Sozialistengesetz. Zu- vörderst wurde über das Amendement der Abgeordneten Bessler und Gneist zum § 1 abgestimmt, statt „welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen“ zu setzen „welche den auf Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie dienen“. Dieses Amendement wurde mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt, sechs Mitglieder enthielten sich der Abstimmung und zwar die nationalliberalen Abgeordneten Baehr (Kassel), v. Cuny, v. Huber, Struckmann, Dr. Wagner und Witte; für das Amendement stimmten die Deutsch-Conservativen, die Minister Falk und Friedenthal, die Deutsche Reichspartei bis auf die Abgeordneten Schlomka und Dieffenbach, von den Nationalliberalen nur Gneist, Koeller (Schwerin) und v. Treitschke, ferner Bessler. Hierauf wurde der § 1 der Bundesraths-Vorlage mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt, der Abstimmung enthielt sich Abgeordneter Dr. Gneist, dafür stimmten die Deutsch-Conservativen, die Deutsche Reichspartei bis auf die Abgeordneten Graf Lutzburg, Schlomka und Dieffenbach, von den Nationalliberalen allein v. Treitschke, sowie der „wilde“ Bessler. Für den Paragraph 1 der Vorlage stimmten überhaupt: Adermann, Graf Arnim, v. Bärensprung, v. Baloch, v. Behr, Dr. Bessler, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bethusy, v. Basse, Fürst v. Carolath, Clauswitz, v. Colmar, Dieze, Graf Dohna, Freiherr v. Ende, Graf v. Eulenburg, Dr. Falk, Flügge, Graf Frankenburg, Dr. Friedenthal, v. Gerlach, v. Gordon, v. Graevenitz, Fürst Hatzfeld, Heinrich, v. Helldorf, Graf Holstein, v. Jagow, v. Kardorf, Kay, Kette, Graf Kleist, v. Knapp, v. Ledebow, Dr. Lucius, v. Lüderig, Freiherr v. Mantuffel, Marcard, Graf Moltke, Fürst Pleß, v. Puttkamer (Lübben), Herzog v. Ratibor, v. Ravenstein, Reich, v. Schmid (Württemberg), v. Schwarzje, Staelin, Staudy, Graf Udo Stollberg, Stamm, v. Treitschke, Thilo, Uhden, Freiherr v. Unruh-Somst, Freiherr v. Varnbiller, v. Waldau, v. Wedell und Wichmann. Von diesen sind 48 gewählt in Preußen, je 4 in Sachsen und Württemberg und 1 in Baden. — Es ist immer gut, wenn man sich die obigen Namen der braven Gesetzgeber und „Volksvertreter“ merkt, welche ein Attentat auf die Freiheit verübten.

— Die preussische Regierung wird nicht, wie man zuerst allgemein glaubte, nach Ablehnung des „Lehmanngesetzes“ von dem Decretionsparagrafen der preussischen Verfassung in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht Gebrauch machen. Das ist doch wahrlich auch nicht nötig; die Versammlungs- und Vereinsfreiheit für die Sozialdemokratie ist ja schon längst nicht mehr in Preußen vorhanden und Herr v. Beamigen schon weit über das Ziel hinaus, wenn er den Bundesregierungen empfahl, die bestehenden gesetzlichen Vorschriften bis zur äußersten Grenze anzuwenden. Das geht gar nicht mehr! Dieselben sind schon bis zur äußersten Grenze, ja oft genug weit darüber hinaus angewandt worden. Dies gestand ja auch der preussische Minister des Innern, Graf Eulenburg, offen ein und verwahrte die Regierung vor dem Vorwurf, die Gesetze allzu lax gehandhabt zu haben. Nachher allerdings besann sich der Minister, als er merkte, daß er unklar gehandelt hatte, und versprach dem Wunsche des Herrn v. Beamigen nachzukommen. Damit war aber lediglich nur gemeint, daß die Grenze nunmehr überall überschritten werden dürfe. Jetzt will man ja auch schon wissen, daß der Justizminister und der Minister des Innern, unter Bezugnahme auf die in diesen beiden Tagen im Reichstage stattgehabten Verhandlungen, durch Generalverfügung die Staatsanwaltschaft, die Verwaltungsbehörden und die Organe der Polizei anweisen werden, mit äußerster Strenge gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokraten, sei es auf dem Gebiete der Presse oder des Vereins- und Versammlungsrechts eingeschärft und energisch einzuschreiten. Ferner wird im preussischen Ministerium des Innern unverzüglich, der Aufforderung des Abgeordneten v. Bennigsen gemäß, an die Ausarbeitung eines Reichsvereins-

Sozialismus.

„Beim Communismus finden wir einen Gegensatz zum Sondereigenthum; hier (beim Sozialismus) dagegen wird auf das Gemeinwohl das Hauptgewicht gelegt und das Individuelle zu beseitigen gesucht.“

„Nach Adam Smith sind die Einzelnen berufen, für sich thätig zu sein, und der Staat soll nur den gewaltsamen Friedensbruch verhindern; von hier aus wird das Gemeinwohl am besten befördert.“

„Aber auch nach Bastiat und Carey steigt durch diese Einrichtung das allgemeine Wohlbefinden.“

„Die Sozialisten bilden zu dieser Ansicht den Gegensatz. Nach ihrer Ansicht wird durch das freie willkürliche Handeln der Einzelnen das größte Unheil herbeigeführt; es muß an dessen Stelle ein Handeln nach obrigkeitlicher Weisung treten, und diese dirigirende Gewalt muß dann auch das Erworbenere zur Vertheilung bringen.“

„Das Wesentliche in ihrer Lehre ist die vollständige Aufhebung der individuellen Freiheit der Einzelnen auf wirtschaftlichem Gebiet. Dies ist jedoch nicht möglich und daher sind bis jetzt auch alle Versuche, diese Idee durchzuführen, gescheitert.“

„Es handelt sich hier nicht um ein Maß der Beschränkung; im Lauf der Geschichte kann Nichts bestehen, was nicht wahr ist; was aber wahr ist, das kann kein Mensch aufhalten. Ein großes Verdienst hat die sozialistische Literatur dadurch, daß sie eine gewisse kritische Richtung hervorgebracht hat. Sie erklärt: In den Zuständen der freien Concurrenz werden die Schwachen unterdrückt! Dies veranlaßt uns (Herrn Knies und sein Collegium) zu prägen, inwieweit dieser Ausspruch begründet ist.“

„Eine größere Gruppe von Anhängern vereinigte sich unter der Fahne St. Simon's; dieser verlangt hauptsächlich Aufhebung des Erbrechts.“

„Auch macht er Vorschläge über die Bildung der obersten Gewalt, welche allein das Gute angibt. Die Einen schlagen hierbei eine religiöse Autorität vor, die Anderen einen Ausschuß. Saint Simon war für seine Sache begeistert und opferte ihr sein Vermögen.“

„Fourier ist der Verfasser über die Idee der Phalansterien; seine Vorschläge sind reine Träumerei.“

„Louis Blanc macht Vorschläge über die Nationalwerkstätten. Proudhon, ein persönlich sehr achtenswerther Mann, beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Creditwesen. Er verlangte

und Versammlungsgefehes gegangen werden. Wie man hört, hat der Minister des Innern, Graf Eulenburg, privatim sich dahin geäußert, daß er in seinem Ressort hierzu sofort die Vorarbeiten werde beginnen lassen. Daß bei der ganzen Sachlage das neue Vereins- und Versammlungsgefehes in manchen Punkten noch viel weniger liberal als das gegenwärtig in Kraft befindliche preussische Gefehes, ein Kind der Reaktionszeit, ausfallen wird, liegt wohl auf der Hand.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt noch in Bezug auf die Rede Bennigsen's: „Minister Graf Eulenburg wird sicherlich nichts verabsäumen, um den von dem Abgeordneten v. Bennigsen gemachten Vorwurf einer nicht ausreichenden Handhabung der bestehenden Gefehes zu entkräften. Da zugleich mit diesem Vorwurf ein Wechsel auf die Zukunft ausgestellt wurde, hat die nationalliberale Partei ein Engagement vollzogen, dessen bindenden Verpflichtungen sie sich nicht mehr wird entziehen können, ohne sich vor dem Lande für vollkommen bankrott zu erklären.“ — Daß wir den Nationalliberalen zu keinerlei Dank wegen der Ablehnung des „Lehmanngesetzes“ verbunden sind, geht schon zur Genüge aus obigen Mittheilungen hervor. Die Redner dieser Partei, aber auch die Redner des Centrums haben die Regierung geradezu zur Sozialistenhege aufgestachelt.

— Am Sonnabend wurden die Reichstagsabgeordneten Auer und Liebknecht vor dem Berliner Stadtgericht in Sachen Lehmann's vernommen, und jeder von beiden am Schluß des Verhörs, in welchem es sich um die Feststellung gewisser vom „Vorwärts“ bereits veröffentlichter Punkte handelte, mit Lehmann concitirt. Derselbe verhartet dabei, einen Selbstmord-Versuch gemacht und gar nicht gewußt zu haben, daß der Kaiser vorbeiführ. Allen Einreden legt er ein bloßes Vächeln entgegen. Bloss einmal während seiner — längeren — Unterredung mit Liebknecht*) g'ri th er — und zwar ohne jeden vernünftigen Grund — in bestige Wuth, ein Umstand, welcher den Eindruck nur erhöhen kann, daß man es hier mit einem unzurechnungsfähigen Menschen zu thun hat, der eher in eine Anstalt für Geisteschwache, als in ein Gefängniß gehört. Der Körperzustand Lehmann's, der (wahrscheinlich ohne sein Verschulden) von sekundärer Syphilis seit Jahren durchseucht ist, — seine unvortheilhafte Schädelbildung — das Alles spricht für die Annahme der Unzurechnungsfähigkeit, und es wäre gut, wenn sich ein tüchtiger Irrenarzt gründlich mit der Frage beschäftigte.

Lehmann wird nicht mehr gefesselt, sein Untersuchungsrichter, Stadtgerichtsrath Jöhl, behandelt ihn sehr freundlich und auch sonst scheint die Behandlung im Gefängniß human zu sein.

— In welcher Weise man den deutschen Kaiser seitens seiner Umgehung gegen die Sozialdemokratie einzunehmen und ihm ihre Ziele als hirnverbrannte darzustellen versucht, darüber schreibt uns ein Freund unseres Blattes folgendes:

„Als ich vor einem Jahre vorübergehend in Berlin war, erzählte mir ein Bekannter, er habe vor wenig Tagen sich das kaiserliche Schloß im Innern zeigen lassen und sei bei dieser Gelegenheit auch in das Arbeitszimmer des Kaisers geführt worden. Zu seiner großen Ueberraschung habe er auf dem Arbeitstische des Kaisers ein ganz ordinäres, gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Pamphlet aufgeschlagen liegen sehen, in dem die stärksten Stellen gegen die Sozialdemokratie mit Blau- tint angezeichnet gewesen seien.“

Wir glauben diese Mittheilung sehr gern und zweifeln nicht, daß man seitens des Hofes systematisch dem Kaiser die Sozialdemokratie in den schwärzesten Farben dargestellt hat, um ihn zu jeder Ausnahmemaßregel geneigt zu machen. Das Lehmann'sche Attentat lieferte allen Reactionären im deutschen Reich den längst gewünschten Vorwand und der Kaiser, wie zu erwarten war, widerstand nicht.

In seinem Werke: „Der Emanzipationskampf des vierten Standes“, 2. Band, erschienen 1875, macht der conservative

*) Die „Magdeburger Zeitung“ giebt in einer Berliner Correspondenz wichtige Details über diese Confrontation, die in Gegenwart des Untersuchungsrichters Jöhl erfolgte; u. A. hat Liebknecht nie von dem „Berkanteten“ Lehmann's gesprochen, und was das „berthaltlich bekannt“ sein angeht, so war L. mit Lehmann höchstens in ästhetischem Grade bekannt, wie der Herr Hesperidier Söder und lange nicht so, wie der Leipziger Nationalliberalenführer Sparg.
R. d. „S.“

Wie man an deutschen Hochschulen mit der Wissenschaft umgeht!

Die folgenden Aussprüche sind einem Collegienheft entnommen, welches nach den mündlichen Vorträgen des „berühmten“ Nationalökonom Professor Dr. Knies in Heidelberg stenographisch niedergeschrieben wurden. Wir übersenden Ihnen dieselben, damit die Leser des „Vorwärts“ sich überzeugen, mit welcher Oberflächlichkeit der so wichtige Lehrzweig der Nationalökonomie an den deutschen Universitäten behandelt wird.

Communismus.

„In diesem Wort liegt der Sinn, daß die wirtschaftlichen Güter allen Menschen gemeinsam sein sollen. Es handelt sich hauptsächlich hierbei um die vorhandenen Güter, während dagegen der Sozialismus sich mehr mit der Hervorbringung derselben beschäftigt. Wenn wir auch einsehen, daß ein dauernder communisistischer Zustand vollkommen unhaltbar ist, so müssen wir doch zugestehen, daß es wohl möglich ist, alle vorhandenen Güter zur Vertheilung zu bringen.“

„Im Alterthum stützte sich der Communismus hauptsächlich auf politische Motive, man glaubte nämlich, der Staat sei der stärkste, dessen Bürger in Beziehung auf das Vermögen möglichst wenig unterschieden seien. Der bedeutendste Vertreter dieser Theorie war Plato.“

„In späterer Zeit waren es Motive religiöser Art, welche zum Communismus führten. Solche Lehren traten besonders bei kleineren kirchlichen Gemeinschaften hervor.“

„Im Gegensatz hierzu schätzte der neuere Communismus die wirtschaftlichen Güter sehr hoch.“

Literaturangabe.

„Nach dem Vorgange des englischen Kanzlers Thomas More erschien eine Menge von Romanen, die glückliche communisistische Zustände auf Inseln oder Utopien darstellten. Doch sind diese Romane ganz unschuldiger Natur, obwohl sie schon ein Element enthalten, daß auch für den jetzigen Sozialismus Werth haben kann; sie erwecken nämlich ein kritisches Gefühl. (!) Heute sind Schriften communisistischer Inhalts in großer Masse in der Welt verbreitet.“

„In der ersten französischen Revolution finden wir einen revolutionären Communismus, vertreten durch Babeuf und Buonarrotti. Später wurde der Communismus wieder schwärmerischer aufgefaßt z. B. von dem Engländer Owen, von Weitling u. A. —“

eine Volksbank, die zinsfreien Credit gewähren sollte. Er ist der Urheber des Wortes: Eigenthum ist Diebstahl.“

„Der pseudonyme Schriftsteller Karl Marlo schrieb ein Buch über Volkswirtschaft ohne Verbreitung.“

„Aus den sozialistischen Schriften ging eine Parteibildung hervor, die namentlich auch eine politische Partei geworden ist und auf gewaltsame Veränderung der jetzigen Verhältnisse hinst.“

„Hierher gehört Beder, Kay, Lassalle.“

„Die Fragen, welche diese Schriftsteller behandeln, beziehen sich theils auf die Produktion, theils auf die Vertheilung der Güter. Bei allen diesen sogenannten Sozialdemokraten herrscht namentlich ein kosmopolitischer, atheisistischer und nur auf die Genüßmittel gerichteter Zug vor.“

Dies der zusammenhängende Gedankengang, dies in continuo die Expectorationen des Herrn Professor Dr. Knies über die größte Frage des Jahrhunderts. Daß der Herr Professor die anderen Materien der Volkswirtschaftslehre in ähnlicher Weise mißhandelt, können wir allerdings nicht behaupten. Nehmen wir zu seinen Gunsten an, daß die feste Anwesenheit Sr. Königl. Hoheit des Erbgroßherzogs von Baden ihn bei der Darlegung der Lehren des Communismus und Sozialismus etwas befangen gemacht hat.

Wenn aber ein solcher Mann, der vermöge seiner Stellung berufen wäre, seinen Einfluß auf die akademische Jugend zur Hebung von bestehenden Vorurtheilen zu verwenden, ein solches Herbild von den sozialistischen Bestrebungen giebt, — was Wunder wenn eben diese Jugend vielfach falsche oder verdrehte Ansichten in ihre zukünftige Laufbahn als Staatsanwälte und Richter mit hinüber nimmt? —

— Des „Professor Biedermann's“ „Berichtigung“ habe wir in der vorigen Nummer des „Vorwärts“ gebracht; hiezu wir nun auch die Auslassung des „Redakteur Biedermann“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Dieser Redakteur Biedermann schreibt einmal ausnahmsweise und zwar Nachsichtend: „Der soeben erschienene „Vorwärts“ (Nr. 60) versucht es, das Verhalten des Redakteurs Biedermann“ in der Attentatsache mit gewissen Aeußerungen des „Professors Biedermann“ (in seinem Gesichtskolleg) über die Ermordung des Herzogs von Vercelli und Kogebue's in einen innern Widerspruch zu versetzen. Wegen unrichtiger Wiedergabe dieser Aeußerungen wird dem „Vorwärts“ eine Berichtigung auf Grund von Art. 11 des Reichs-Preß-

Rudolph Meyer folgende Aeußerung: „Die deutschen Fürsten müssen selbst den Sozialismus studieren, sie müssen Stein's „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich“, Rodbertus' „Soziale Briefe“, Marx' „Kapital“, Lassalle's „Sozialistische Schulung“ lesen — dann, aber auch nur dann, wird in Deutschland das Königthum der sozialen Reform dem der sozialen Reaktion Platz machen.“

Wir wünschten, die deutschen Fürsten befolgten diesen Rath, obgleich wir weit entfernt sind, die Schlussfolgerungen des Herrn Meyer zu theilen. Aber ein solches Studium würde wenigstens das Gute haben, daß sie die Bewegung richtig auffaßten und Ministern, die ihnen mit Ausnahmegeetzen lämen, wie die zuletzt im Reichstag vorgeschlagenen, einfach den Stuhl vor die Thüre setzten.

Derselbe Verfasser sagt an einer anderen Stelle des angezogenen Werks:

„So denken einige unserer Staatsmänner daran, die selbstgeschaffenen Organisationen des vierten Standes, seine Vereine, ihm zu nehmen und auch das Recht, was sie ihm doch selbst gaben, das Wahlrecht. Sie sind genau so klug wie die Hölflinge von Marie Antoinette.“

Ganz einverstanden. Wir machen Staatsmännern und Liberalen den Vorschlag, sich wieder auf die Hölle zu sehen und die Geschichte Frankreichs im vorigen Jahrhundert zu studieren, sie dürften recht lehrreiche Parallelen finden zwischen damals und heute und vielleicht daraus lernen, was sie nicht thun dürfen.

— Der Londoner Gewerkschaftsrath (London Trades' Council), in welchem sämtliche Gewerkschaften Londons vertreten sind, hat in seiner Sitzung vom 9. ds. Mts. folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Gewerkschaftsrath ernannt eine Deputation, welche zusammen mit Deputationen der übrigen Gewerkschaftskörper Englands während der Dauer der Weltausstellung Paris besucht, zu dem Zweck, unter den Arbeitern Frankreichs und anderer Länder die Grundsätze des Gewerkschaftswesens zu verbreiten und freundschaftliche Beziehungen mit ihnen anzuknüpfen.“

Der Vorstand des Londoner Gewerkschaftsraths hat sich in einem Brief, den wir in nächster Nummer veröffentlichen werden, an einen der Redakteure des „Vorwärts“ gewandt, mit der Bitte, nach Kräften dafür zu wirken, daß auch die deutschen Gewerkschaften, und zwar namentlich gegen Ende September, — an der Zeit werde man aber nicht festhalten, falls Einwendungen erhoben würden — Vertreter nach Paris schickten. Da selbst Herr Lessendorff bei den englischen Trades-Unions keine umfänglicheren Bestrebungen wittern kann, so dürfte sich hier die Gelegenheit zu einem internationalen Rendezvous bieten, das der Arbeiterklasse im Allgemeinen und der Gewerkschaftsfrage im Besonderen unzweifelhaft sehr förderlich wäre und zugleich keinen Anhalt für gesellschaftsretterische, Schnüffeleien und Chikanerien böte.

— Nach Telegrammen aus London und Paris hätte die russische Regierung in den lauren Apfel gebissen und zugestanden, daß der Vertrag von San Stefano ohne die Genehmigung der europäischen Großmächte null und nichtig sei. Bestätigt sich diese Nachricht, so wäre damit gesagt, daß der Vertrag von San Stefano, dem England ja ausdrücklich seine Anerkennung versagt hat, ein zerrissenes Stück Papier ist und daß jetzt auf einem Congreß die Lösung der orientalischen Frage versucht werden soll. Ehe wir Schlussfolgerungen ziehen, wollen wir der Thatfachen gewiß sein, und das sind wir heute noch nicht. Kommt der Congreß wirklich zu Stande, so kann er günstigsten Falles zu einer Vertagung des europäischen Krieges oder wenigstens der Auseinandersetzung zwischen Rußland und England führen, die früher oder später unvermeidlich ist, falls nicht das ganze, heute herrschende politische System vorher zusammenbricht. In Constantinopel, wo wieder eine verunglückte Palastrevolution stattthat, gähnt es fortwährend und der Aufstand im Balkan und Rhodopengebirge nimmt Tag für Tag zu. Auch hat Oesterreich einen kühnen Griff gemacht und eine, früher den Türken gehörige, von ihr aber an die Russen abgetretene Donauinsel weggeschmuppelt. — Dies mit verschiedenem Andern klingt nicht gerade sehr friedlich.

geheßes zugehen; in dem Verfahren gegen seine Partei, die Sozialdemokratie, wird aber ebenso wenig etwas geändert werden, auch wenn er Forscher in die Collegien des Professors Wiedermann schickt, als dies damals geschehen ist, wo letzterem mit der Veröffentlichung angeblich für ihn compromittirender Briefe gedroht ward, die dann freilich unterblieb, weil es solche Briefe eben nicht gab.“

Was den letzteren Passus angeht, so haben wir zu dessen Erklärung Folgendes zu bemerken: Ende 1870 oder Anfang 1871, kurz nachdem Liebknecht und Bebel auf die Anklage des Hochverrats hin verhaftet worden waren, veröffentlichte Herr Redakteur Wiedermann in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine denunziatorische Notiz gegen die beiden Gefangenen, durch welche Notiz Liebknecht's Frau, eine Tochter des bekannten Vice-Präsidenten des Frankfurter Parlaments Reh, veranlaßt ward, in einer Zuschrift an Herrn Redakteur Wiedermann, diesen daran zu erinnern, daß er vor dem 1868er Krieg an ihren Vater, seinen ehemaligen Freund, Parteigenossen und Mit-Kämpfer einen Brief gerichtet, in welchem er denselben aufforderte, im Großherzogthum Hessen für die preussische Annexion's-Politik thätig zu sein; und daß sein Anjamen von ihrem Vater, der inzwischen die rein dynastisch-reaktionäre Natur des Großpreussenthums und der „preussischen Spitze“ begriffen hatte, mit Entschiedenheit als hoch- und landesverrätherisch zurückgewiesen worden war. Den Brief Reh's hat Herr Wiedermann aller Wahrscheinlichkeit nach noch in seinem Besitz — er möge ihn produzieren. Die Zuschrift desselben, sowie das Original des Wiedermann'schen Briefs an Wiedermann's ehemaligen Kollegen Reh hat Schreiber dieses selbst gelesen, und kann die Existenz dieses Briefes, der auf einen gewissen Prozeß des Herrn Professors und Redakteurs Wiedermann ein gar sonderbares Licht werfen würde, gerichtlich festgestellt werden.

Die scharfsinnige Bemerkung des Herrn Redakteurs Wiedermann, daß wir in die Collegien des Herrn Professors Wiedermann „Forscher“ senden, läßt auf eine, bei diesem Herrn von uns nicht erwartete, Verschwiegenheit schließen; er tarnt also seine rhetorische Anziehungskraft so niedrig, daß er von seinen Hörern annimmt, sie „hörteten“ nicht auf das was er ihnen vortrage. Und daß unter den Leipziger Studenten, speziell auch unter den Zuhörern des Herrn Professors Wiedermann Sozialisten sind, das weiß doch Professor Wiedermann und wird von diesem doch dem Redakteur Wiedermann gelegentlich mitgetheilt worden sein.

— Parteigenosse Most wurde am 26. d. M. in Chemnitz verhaftet. Most war nach Chemnitz gekommen, um seinen Wählern Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage zu geben; die Polizei war aber dreist genug, dem Reichstagsabgeordneten diese erste aller Pflichten den Wählern gegenüber durch Verbot unmöglich zu machen, und erst als Most sich bereit erklärte, ein anderes Thema: „Das Reichsgesundheitsamt und sein Programm“ zu behandeln, war die Chemnitzer Polizeibehörde so „gnädig“, dem Reichstagsabgeordneten für Chemnitz das Wort zu gestatten. Aber das „Auge des Gesetzes“ machte in Gestalt des Polizeinspektors Carius. Most, der sich streng sachlich hielt, kam ganz nebenher durch folgende Worte auch auf das Lehmann'sche „Attentat“ zu sprechen: „Die Gefahr bestehe aber immer noch, daß, wenn gelegentlich wieder ein Idiot als Attentäter auftauche und vor Ausübung seines Streiches eine Reichsgesundheitsamts-Denkschrift in die Tasche stecke, man diesen Idioten den Vertretern des Reichsgesundheitsamts an die Rockschöße hängen werde.“ Diese ganz treffende Bemerkung fand zwar den lebhaftesten Beifall der Versammlung, nicht aber auch den des Polizeimannes Carius, der, weil Most über ein ihm verbotenes Thema gesprochen habe, die Versammlung auflöste. Der Vorlesende, Genosse Wiemer, theilte dies der Versammlung mit und erludte die Anwesenden, das Lokal zu verlassen. Most rief den der Tribüne zunächst Stehenden zu, er habe sein Referat ohnedies nahezu beendet und somit Alles gesagt, was er sagen wollte, und sie möchten mit ihm einstimmen in ein Hoch auf die Sozialdemokratie. Ein donnernder, tausendstimmiger Hochruf durchbrauste den Saal, gleichzeitig aber trat Herr Carius an Most heran und erklärte ihn für verhaftet. Also ein Hoch auf die Sozialdemokratie, ausgebracht von dem von den Sozialdemokraten in Chemnitz gewählten Volksvertreter im Reichstage, reicht hin, denselben hinter Schloß und Riegel zu bringen. Schwerlich hätte dieses beschriebene Maß von „Redefreiheit“ durch das Ausnahmegesetz noch verringert werden können. — Und Most befindet sich noch immer in Haft.

— Zur Agitation. Unser Parteiorgan, die „Rundschau“, Organ für sozialistische Propaganda, in Hamburg, schreibt: „Wie wichtig es für die Entwicklung unserer Partei ist, das überall dort, wo sich Parteigenossen befinden, dieselben sich organisieren und mit der Gesamtpartei in regelmäßiger Fühlung stehen, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen. In dieser Beziehung wird aber viel zu wenig Eifer entfaltet; es gibt größere Städte, in deren Umgebung eine ganze Reihe kleinerer Orte liegt, aus denen Adressen vorhanden sind — es wird aber nicht dafür gesorgt, diese Orte der Gesamtbewegung zuzuführen! Der Grund ist vielfach der, daß in diesen Orten das betreffende Lokal-Parteiblatt vertrieben wird, und man befürchtet, die Abonnenten durch Belästigung mit ferneren Ausgaben theilweise zu verlieren. Dies ist aber eine durchaus falsche und kurzfristige Anschauung, die schließlich zum Gegenheil führt. Wenn den Leuten kein größerer Gesichtskreis eröffnet, sie nicht mit den Bestrebungen der Gesamtheit bekannt gemacht und derselben zugeführt werden, so verlieren sie nach und nach den Eifer, in ihrem engen Birkel zu wirken; lernen sie aber die große Gesamtbewegung kennen, so wird ihr Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Durchführbarkeit unserer Verbindungen sich befestigen und mit Ausdauer werden sie für dieselben eintreten.“

Dasselbe gilt für die Gewerkschaften; es gibt eine ganze Reihe Orte, wo sich Mitglieder solcher Gewerkschaften befinden, die mit der sozialistischen Sache sympathisieren, allein selten fällt es einem derselben, resp. den Agitatoren der Gewerkschaften ein, an diesen Orten die Bildung politischer Organisationen anzuregen, trotzdem anzunehmen ist, daß bei den meisten Mitgliedern die Ueberzeugung herrscht, mit der gewerkschaftlichen Organisation allein den Arbeiterstand nicht auf die Höhe bringen zu können, wohin er gehört! Parteigenossen! Sorgt deshalb dafür, daß an allen Orten politische Organisationen geschaffen, sowie Verbindungen mit der Gesamtpartei hergestellt werden; und wenn auch nur wenige Genossen an jedem kleinen Orte sich theiligen — es wird seine Früchte tragen! Mittheilungen in dieser Sache sind an das Sekretariat des sozialistischen Central-Wahl-Comités, C. Derossi in Hamburg, Holzdamm 42, zu richten.“

Correspondenzen.

Berlin, 28. Mai. „Saubere Quellen, saubere Redaktionsarbeit.“ Das „Leipziger Tageblatt“ erzählt in seiner letzten Dienstagsnummer, es habe hier im großen Buff'schen Bierlokal am Moritzplatz am letzten Sonnabend Vormittag unser Parteigenosse Kotteler ungefähr um dieselbe Zeit eine Volksversammlung abgehalten, als die Glocken zur Kirche riefen. Am Sonnabend (so melden Berliner Blätter), als die Glocken zur Kirche riefen, und so meldet es Rabbi Bodek in Leipzig mit der Scheere nach, denn der Sonnabend ist der Sonntag des Rabbi, und es scheint ihm nicht aufzufallen, daß die Christen am Sonnabend selten Sonntag haben. — Daß der vertrauende Rabbi aber an eine Quelle gerathen ist, die an Verlogenheit und Sinnlosigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, ist das Verhängniß blinden Eifers, dessen Gründe nicht näher bezeichnet zu werden brauchen. Und daß das dortige „Tageblatt“ keine Zeit hat, seine Quellen zu controliren, liegt gewiß an den zahlreichen Bestellungen gegen die Sozialdemokratie, die jetzt nicht unlohnend sein dürften.

Ungeheuer heiter klingt vor Allem der Bericht da, wo er statt sich mit Ernsterem zu befassen, von dem „Keinen, sehr gedenhaft gekleideten Mann“ spricht, der „ein hübsch bunt gemustertes Hemd und goldene Schnallen auf den Schultern trägt“. Warum hat er denn den deselben Rodknopf so ganz unbeachtet gelassen? — Ob der Bruder Berliner, der diesen „Bären servirte“, beim helllichten Sonnenschein Schwarz für Gold gehalten hat, weil ihm im Geiste schon das auf seinen Bericht zu erhoffende „eitle Gold“ neben dem goldsunfelnden „Schoppen“ vorjuchelte? Diese Frage lassen wir dahingestellt, aber zur Kennzeichnung der Quellen und Vorarbeiterchaft des dortigen Tageblattes wollen wir nur noch erwähnen, daß der Berichtfabrikant direkt gefälscht, gelogen oder aber unter der Dipe geistig gelitten hat.

Hier die Beweise, welche von Hunderten kontrollirt sind, die dem Redner zunächst gestanden haben, wie wir selbst: — Kotteler — so behauptet der Bericht — soll gerufen haben: „Die Sozialdemokratie findet sich nicht wohl am marmeladen Bäcklein, am saust dahingleitenden Fluß; sie sieht viel lieber die tosende und brüllende Sturzwelle herankommen.“ Der Redner sagte aber: „Es er von den Gegnern unserer Partei und ihrem Verhalten so ach, wörtlich: „Der geuerliche Ansturm kommt gegen uns nicht wie ein marmeladenes Bäcklein oder ein glatt dahingleitender Strom, sondern wie eine sturmgewaltige Sturzwelle, auf deren Höhe wir uns jetzt gleich dem kühnen und geübten Schwimmer zu halten und mit ihr fortzuschwimmen

suchen werden.“ — Man sieht hieraus, wie die Fälschung im Bericht den Stempel der Denunziation an der Stirn trägt. Wahrscheinlich bestellte Arbeit, die glänzend bezahlt wurde! —

Weiter soll Kotteler gesagt haben: „Die Sozialdemokratie kann muthvoll hinunterblicken in die vor ihr geöffneten gähnenden Abgründe und ihren Engeln vertrauen ic. — diese werden darüber wachen, daß sie ihren Fuß an keinen Stein stoßen“ ic. ic.

Kotteler sagte wörtlich: „Mag die Gegnerschaft mit ihren Vorlagen und ihrer Agitation noch so verführerisch an uns herantreten, uns an den gähnenden Abgrund zu drängen suchen, mag die Gewalt uns ungeduldig zurufen: „Stürze dich hinab, ich werde meine Engel senden“ ic. —, die Sozialdemokratie wird sich nicht abdrängen lassen von dem Boden der geistlich belassenen Rahmen, so schmal er auch noch ist; vergebens wird man uns die Waffe der rohen Gewalt in die Hand zu drücken suchen.“ —

Schon der Blödsinn — von „unseren Engeln“, die der Richterflatter citirt, — beweist, daß wir es hier mit wissentlich oder absichtlich schwerhörigen Reporterhören zu thun haben.

Und endlich hat Kotteler nicht erklärt, es sei im Ministerium des Innern eine Liste derjenigen sozialistischen Blätter angefertigt worden, welche jetzt unterdrückt werden sollten“, der Redner sagte vielmehr ausdrücklich, daß diese Liste — für den Fall, daß das Gesetz angenommen worden wäre — bereit gehalten worden sei.

Dies zur Kennzeichnung der neuesten „Rezepte gegen die Sozialdemokratie“ und der Quackalber, denen wir ihr eigenes Schlusswort getrost und berichtigt zurückgeben: „Wo rohe Kräfte sinnlos walteten, da kann sich kein Gebild gestalten.“ — Daß man sich aber bemüht, den Eindruck der hiesigen Sonntagsversammlung bei Busse durch solche Berichte abzuschwächen, spricht noch bereiter für ihren ausgezeichneten Verlauf und den Verdruß der Gegner darüber, als alles Weitere.

Berlin. Eine liebenswürdige Einladung erhielt noch einer Mittheilung der „Berliner Freien Presse“ deren Mitarbeiter Eduard Berg seitens der bekannten 7. Deputation nun zum zweiten Male in Gestalt folgenden Steckbriefes: Auf die Anklage der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft vom 18. April 1878 ist durch Beschluß des unterzeichneten Gerichts vom heutigen Tage gegen den zuletzt in Potsdam bei seinem Stiefvater, dem Optikus Winkler, Brandenburger- und Nauener-Strassen-Eck, jetzt angeblich zu Paris wohnhaften am 3. März 1868 zu Potsdam geb. Schriftsteller Eduard Berg auf Grund §§ 185, 196, 200, 47, 74 des Reichsstrafgesetzbuchs und § 20 des Reichspreßgesetzes vom 7. März 1874 wegen wiederholter Beleidigung mittelst der Presse die Untersuchung eingeleitet, weil er zu Berlin am 8. Dezember 1877 und am 31. Januar 1878 durch zwei selbständige Handlungen mittelst der Presse Mitglieder der bewaffneten Macht in Beziehung auf ihren Beruf beleidigt hat. Der Aufenthalt des ic. Berg ist nicht ermittelt und wird derselbe daher hierdurch aufgefordert, in dem von uns auf den 20. Juli ds. J., Nachmittags 12^{1/2} Uhr, anberaumten Termine zur mündlichen Verhandlung in unserm Dienstgebäude, Volkensmarkt Nr. 3, 1 Treppe hoch, Sitzungssaal I., persönlich zur festgesetzten Stunde zu erscheinen, auch die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel mit zur Stelle zu bringen oder solche so zeitig dem unterzeichneten Gericht anzuzeigen, daß sie noch zum Termine herbeigeschafft werden können. Im Falle seines Ausbleibens wird mit der Verhandlung und Entscheidung der Sache in contumaciam verfahren werden. —

Wandsbek, 24. Mai. Hier wurde am Sonntage von ungefähr 30 Brauerknechten der Marienthaler Brauerei (es handelte sich um den Streit wegen eines Mädchens) eine förmliche Schlacht geliefert, so daß Militär erfordert werden mußte, und wurden 10 Knechte gebunden verhaftet. Es sind viele Verwundungen vorgekommen. — Ich würde Ihnen diese an und für sich gleichgültige Thatsache nicht berichten, wenn nicht die Antisozialisten immer versuchten, die Sozialdemokratie als Förderin der Rohheit hinzustellen. Wandsbek hat bei allen Reichstagswahlen die überwiegende Stimmenzahl für die Sozialdemokraten abgegeben; in Wandsbek selbst gehören sogenannte Rohheiten in den Arbeiterklassen zu den äußersten Seltenheiten. Die Marienthaler Brauerei aber mit einigen Schößten bildet einen eigenen Wahlbezirk — und in diesem Wahlbezirk ist jedesmal durchweg antisozialistisch gestimmt worden; nur sehr wenige Stimmen erhielt der sozialdemokratische Candidat. Die von ihrem antisozialistischen „Vordhernen“ hermetisch abgeschlossenen Brauerknechten haben natürlich auch antisozialistisch gestimmt — sie gehören also zu den Bekämpfern der Rohheit, welche die Sozialdemokratie erzeugt. Keine Kämpfer das! — Hier haben wir einmal eine greifbare Thatsache, daß unter den Gegnern des Sozialismus die Rohheitsblume wuchert; bei näherer Untersuchung würden wir solcher Thatsachen noch viele auffinden können.

Aus Mecklenburg, 12. Mai. Meine letzte Correspondenz im „Vorwärts“ ist einem arg zu Kopfe gestiegen, — nämlich dem „Mecklenb. Tagesblatt“. Besonders das Wort „obscur“ rief dessen ganze Bath wach, die denn auch in einer Verlage dieses Blattes sich Luft machte (so viel ich mich darauf verlege, haben an diesem Kunstwerk drei Mann gearbeitet.) Dem Schreiber dieses verursachte das Kleeblatt einen vergnügten Sonntagvormittag. Da mir die Bedeutung des Wortes „obscur“ von dem „Mecklenb. Tagesblatt“ erklärt wurde (ich hätte lieber „unbekanntes“ schreiben sollen), so muß ich den Herren wohl sagen, daß obscur nicht bloß unbekannt, unbedeutend, sondern auch dunkel bedeutet. Das genannte Blatt sucht die Döberaner Säbelfaire als unbedeutend hinzustellen, — mag sein, daß für liberale Redakteure einige Säbelhiebe über den Kopf nicht allzu gefährlich wären. Ebenso findet das, was ich über die Arbeitsverhältnisse in Mecklenburg geschrieben, keine Gnade vor den Augen des Blattes. Ich meine aber, daß dasselbe sich zu sehr gemagten Aeußerungen versteigt, wenn es gilt, gegen Conservative zu polemisieren, was ihm freilich meistens schlecht bekommt. Was nun den Taufzwang betrifft, so sucht das edle Kritikerschreiber-Kleeblatt sich mit einigen ebenso dummen als gemeinen Verleumdungen über den Kernpunkt hinwegzusetzen. Nach dieser Lesart hätte der Arbeiter ein Mädchen erst in Schande gebracht und dann nothgedrungen geheirathet. Na, die drei Schreiber werden das genauer wissen, als die Beteiligten. Aber der Taufzwang kann nicht gut abgelehnet werden; er wurde übrigens in echt freivoller Weise in Scene gesetzt: „Lassen Sie doch das bische Wasser über'n Kopf gießen“, und: „es ist ja doch nur eine Ceremonie“, dergleichen Redensarten sollten den Arbeiter beruhigen, und als das nicht half: Kündigung! Das ist doch liberal! Dem „Mecklenb. Tagesblatt“ wünsche ich eine gute Verbauung dieser Heilen; hoffentlich erfreut es den „Vorwärts“ wieder mit einer löstlichen Entgegnung, die freilich der Ehre einer Erwiderung nicht mehr theilhaftig werden dürfte.

W.....L
Weimar, 27. Mai. In unserem Vändchen hat man nun auch begonnen, den Sozialisten „das Leben sauer zu machen“.

